

Merseburger Kreisblatt



Abonnementspreis: Vierteljährlich bei den Aus-
trägern 1,20 M., in den Ausgabestellen 1 M., beim
Vollbezug 1,50 M., mit Beleggeld 1,92 M. Die
einzelne Nummer wird mit 15 Pfg. berechnet. —
Die Expedition ist an Wochentagen von früh
7 bis abends 7, an Sonntagen von 8^{1/2} bis 9 Uhr
geöffnet. — **Preisliste** und der Redaktion abends
von 6^{1/2} bis 7 Uhr. — **Telefon** 274.

Anfertigungsgebühr: Für die 5 gepaltene Kopie-
stelle oder deren Raum 20 Pfg., für Private in
Merseburg und Umgegend 10 Pfg. Für periodische
und größere Anlagen entsprechende Ermäßigung.
Kampfgelichter Satz wird entsprechend höher berechnet.
Notizen und Meldungen außerhalb des Inlandsteils
40 Pfg. — **Sämtliche Annoncen-Bureaus** nehmen
Inserate entgegen. — **Telefon** 274.

Tageblatt für Stadt und Land

(Amtliches Organ der Merseburger Kreisverwaltung und Publikations-Organ vieler anderer Behörden.)

Für die Redaktion verantwortlich: Rudolf Heine.

Gratisbeilage: „Illustriertes Sonntagsblatt“.

Druck und Verlag von Rudolf Heine, Merseburg.

Der Nachdruck der amtlichen Bekanntmachungen und der Merseburger Lokal-Nachrichten ist ohne Vereinbarung nicht gestattet.

Nr. 20.

Freitag, den 24. Januar 1913.

153. Jahrgang.

Zum Tode des Admirals von Hollmann.

Der Kaiser hat seiner Teilnahme an dem Hinscheiden des Admirals v. Hollmann in einem Telegramm an dessen Witwe Ausdruck gegeben. Die Depesche lautete:

„Zu meinem tiefsten Schmerz erfahre ich soeben, daß Ihr guter Mann, mein alter Freund und Berater, der Admiral v. Hollmann, aus diesem Leben abgerufen worden ist. Ein Menschenalter hindurch ist er mir verbunden gewesen in gemeinsamen beruflichen und wissenschaftlichen Interessen. Ueber sein Grab hinaus werde ich ihm verbunden bleiben in dankbarer Erinnerung an seine treuen Dienste und seine mir so wertvolle Freundschaft. Möge Gott Sie und Ihre Kinder in Ihrem großen Schmerz trösten! ge3. Wilhelm I. R.“

Berlin, 22. Jan. Aus Anlaß des Ablebens des Admirals v. Hollmann wurde folgender Marinebefehl vom Kaiser ausgeben: Der Admiral v. Hollmann ist aus dem Leben geschieden. Mit ihm ist ein treuer Mann dahingegangen, der überall wohin ihn mein Vertrauen stellte, für das Wohl meiner Marine gewirkt hat. Zu seinen Ehren legen sämtliche Flaggoffiziere sowie die Offiziere des Reichsmarineamts auf drei Tage Trauer an. Bei der Beisetzungsfeierlichkeit werden der Staatssekretär des Reichsmarineamts sowie eine Abordnung der Offiziere zugegen sein.

Vom Balkan.

Merseburg, 23. Jan.

Aus! Die Türkei endet jämmerlich, sie hat sich durch ihr klägliches Vorgehen diejenigen Sympathien, die sie bis dahin noch besaß, verfehrt. „Du hast mich zu Grunde gerichtet“, singt seine, nämlich die Jung-Türkei mit ihren verschwommenen Staatsbürger-Berechtigungs-Ideen und ihren Offizieren, die statt zu erobern, ihre Zeit hinbrachten mit Politizieren. So pflegt so etwas zu enden. — Was noch nachkommt, ist unweissentlich, vielleicht folgt dem Staatsbankrott der finanzielle.

Am einzelnen liegen nachstehende Meldungen vor:
Konstantinopel, 22. Jan. Die Nationalversammlung, die im Dalmatibagh-Palast mittags zusammengetreten war, nahm den Vorschlag der Regierung, sich mit dem Friedensschluß einverstanden zu erklären, an. Die Tagung der Nationalversammlung wurde sodann aufgehoben. Die Regierung wird nunmehr auf die Kollektionen der Großmächte unverzüglich entgegenkommende Antwort erteilen.

Konstantinopel, 22. Jan. Die Mitglieder der Nationalversammlung hörten mit voller Ruhe die Darlegungen über die

Kollektionen der Mächte an. Zum Schluß antworteten die Mitglieder der Nationalversammlung einstimmig, daß sie in Anbetracht der Zukunft des Vaterlandes die Beschlüsse des Kabinetts anerkennen und in das Verprechen und die Gerechtigkeit der Großmächte volles Vertrauen setzen.

Wien, 22. Jan. Die „Neue freie Presse“ erfährt von angeblich hervorragender diplomatischer Seite über den voraussetzlichen Inhalt der türkischen Antwortnote: 1. in bezug auf die Abtretung Adrianopels wird die Forderung der Großmächten Aufklärung darüber verlangt, nach welchen Prinzipien sie die Wahrung der mohammedanischen Interessen in Adrianopel durchzuführen wollen. Man nimmt an, daß die Forderung sich hier dem von Oesterreich ausgegangenen Vorschlag der Erritorialisierung der Moscheen und Sultansgräber nähern werde. Die Bulgaren werden die Stadt und das Wilajet Adrianopel erhalten, während die geistlichen Hüter unter der Souveränität des Sultans bleiben dürften. 2. Betreffs der Negäischen Inseln wird die Forderung keine Vorschläge machen, da solche auch nicht von den Mächten gemacht wurden. Diese haben lediglich geraten, die Entscheidung in der Frage ihnen zu überlassen, und die Forderung wird daher die Prinzipien erfahren wollen, nach denen die Großmächte den Schutz des kleinasiatischen Besitzes der Türkei wahren wollen. 3. Die finanzielle Seite: Man nimmt an, daß die Mächte im Falle des Nachgelans der Türkei dieser eine große Anleihe bewilligen werden, um ihr die Durchführung der Reformen in Kleinasien zu ermöglichen. Wenn die Mächte und die Forderung sich über die Prinzipien geeinigt haben, werden diese die Basis für die Schlussverhandlungen zwischen der Türkei und den Mächten bilden.

Reichstag.

Berlin, 22. Jan.

Am Reichstag wurde heute zunächst in der fortgesetzten zweiten Sitzung des Staats des Reichsamts des Innern über die in großer Zahl, zu einem erheblichen Teile noch aus dem vorigen Sessionsabschnitt anstehenden, damals wegen Zeitmangels nicht zur Berabreichung gelangten Resolutionen abgestimmt. Da es sich um einige 50 Resolutionen handelte, mußten die Mitglieder des Hauses, die in Stärke von etwa 330 bis 340 Abgeordneten anwesend waren, nahezu ebenso oft sich von den Plätzen erheben, sofern sie ihre Zustimmung zu einer Resolution bekunden wollten. Das war meistens der Fall.

Die große Mehrzahl der Resolutionen, unter ihnen nahezu ausnahmslos die von bürgerlichen Parteien herührenden, ge-

langten zur Annahme, während die von der sozialdemokratischen Fraktion eingebrachten Resolutionen sämtlich, weil gänzlich unbedeutend und unerfüllbar, mit großer Mehrheit abgelehnt wurden.

Die angenommenen Resolutionen wurden ganz überwiegend zur Berücksichtigung überwiesen, so daß, wenn die verbündeten Regierungen den darin befundenen Wünschen der Volksvertreter nachkommen wollten, der Reichstag auf lange Jahre hinaus mit einem ebenso umfangreichen wie kostspieligen Gesetzgebungsspekulum verpfändet wäre. Indessen handelt es sich bei der Ueberweisung um Berücksichtigung in nicht wenigen Fällen um eine reine Formalität, da der Chef des Reichsamts des Innern bereits eine große Anzahl der Resolutionen für unannehmbar erklärt hat. Es muß das ausdrücklich betont werden, damit nicht im Lande und in der Bevölkerung falscher Hoffnungen erweckt werden, deren Niederfüllung hinterher Unzufriedenheit erwecken könnte.

Zu den Resolutionen, die zur Berücksichtigung überwiesen wurden gehören insbesondere die, welche Forderungen der Handwerkerfürsorge, des Arbeiterfürsorge, der Sicherung des Kooperationsrechtes, ein Verbot der Naturverfälschung, Heranziehung der Fabrikbetriebe zu den Kosten der Lehrlingsausbildung, Beaufsichtigung der Syndikate und Kartelle, Einschränkung des Hausierhandels und der Abzahlungsgeheimnisse betreffen.

Unter den abgelehnten Resolutionen sind zu erwähnen die Anträge betreffend Verbot des Streikpostens — diese Resolution der konserverativen Fraktion wurde mit 282 Stimmen gegen 52 Stimmen der Antragsteller bei fünf Stimmenenthaltungen abgelehnt — ferner betreffend Verbot der gewerblichen Schaustellungen von Angehörigen fremder Nationen, Schaffung eines Reichsamts für die deutsche Sprache u. a. m. Dann wurde die Spezialberatung fortgesetzt.

In ausgedehnter Debatte wurde über die Tätigkeit der Zentrale für Volkswohlfahrt und die Bestrebungen der nationalen Jugendpflege verhandelt. Während die sozialdemokratische Fraktion mit ihrer Verantwortung einer Organisation zwecks Erziehung der Jugend für den Klassenkampf völlig isoliert blieb, scharten sich alle bürgerlichen Parteien um das Panier einer Jugendpflege im vaterländischen Sinne, in Form der physischen Wehrhaftmachung und moralischen Erziehung der Jugend für die Aufgaben, die die Zukunft dem deutschen Volke stellen wird.

Die sozialdemokratischen Angriffe gegen die staatliche Jugendfürsorge wurden besonders wirksam von dem Abg. Pripp zu

Schwester Carmen.

Roman von Elisabeth Vorhars.

„Ist er Dir vielleicht bekannt?“ fragte sie.
„Er ist Deutscher und soll auch in Berlin gewesen sein.“
„So — so — nein — ich kenne ihn nicht. Woher sollte ich ihn den Mann verheiratet?“
„Er ist Witwer.“
„Kinderlos?“

„Er hat ein Kind, das aber nicht bei ihm lebt.“
„So — hm — ja — also — was ich dochin sagte — nein, ich kenne ihn nicht — der Name kam mir nur bekannt vor. Ist ja nicht selten. Weiß der Himmel, wo ich ihn schon einmal hörte — Also ich werde mich jetzt zu belagerten Hartungen begeben, wenn Du gestattet.“ Ich nehme an, daß Du nicht mit mir zusammen gehen willst.“
„Nein — bitte, gehe voraus. Um vier Uhr beginnt seine Sprechstunde, dann ist auch meine freie Zeit abgelaufen, und ich muß pünktlich wieder im Sanatorium sein.“
„Schön — wie Du beschließt.“
Er küßte ihr die Hand und wandte sich zum Gehen.
„Auf Wiedersehen!“ rief er, sich noch einmal umwendend, in einem netten Ton und mit spitzbübischem Ausdruck im Gesicht.

Carmen sah ihm mit gemischten Gefühlen nach. „Ueberraschungen verheßen doch meist ihren Zweck“, dachte sie. Die Freude des Wiedersehens war durch ein Gefühl vager Besorgnis beeinträchtigt. Obgleich sie sah, daß er etwas hinkte, traute sie ihm nicht recht, und sein letzter Blick gab ihr zu denken. Was hatte er vor? Verliebt, wie er noch immer zu sein schien, war ihm alles zuzutrauen, und sie wußte auch, daß er sich mit dieser einen Zusammenkunft nicht begnügen würde. Wo aber konnte sie ihm unbemerkt und unauffällig begegnen? Ganz abgesehen

davon, daß sie alle Augenblicke von Patienten des Sanatoriums überrascht werden konnte, machte sie ihre Schwefelkennung schon zu einer Person, die jedem auffiel, und deren Tun und Lassen vor aller Öffentlichkeit stand. Außerdem war es gegen ihre Denkart und Grundzüge, sich mit ihm ein heimliches Rendezvous zu geben. Daraus hätte Edgar nicht allein Schlüsse ziehen können, es würde sie auch vor Hartungen herabgesetzt haben, selbst wenn er nie davon erfuhr.

So sah sie sich durch Edgars Ankunft vor Konflikte gestellt, die sie zum mindesten beunruhigten. Verloren war die meiche und doch frohe Stimmung, die sie vor seinem Eintreffen empfunden hatte. Sie grübelte immer nur dem einen Gedanken nach: Was kannst du tun, um seine Abreise zu beschleunigen und ihn doch nicht allzusehr zu fränken? Auf welche Weise wird er sich dir wieder zu nähern haben?

Daß sie sein Ehrenwort hatte, beruhigte sie einigermaßen, und sie beschloß endlich, auf Umwegen, damit sie ihm nicht etwa wieder in die Arme lief, zum Sanatorium zurückzukehren.

Unbeobachtet kam sie dort an, aber als sie gerade im Begriff stand, sich durch eine der vielen Türen in eins der Zimmer in Sicherheit zu bringen, trat ihr Giovanni entgegen. Er schien hier auf sie gewartet zu haben.

„Der herr Professor larre die Schwester bitten, sich nach Zimmer 39 zu begeben. Dort wäre ein neuer Patient eingezogen.“
„Ein neuer Patient?“ fragte sie erstaunt.
„Ei — ein Conte“, antwortete der Diener.

Nun durchfuhr sie ein Schred.
Wäre es möglich, daß Edgar sich hier einlogieren wollte, um auf diese Weise unauffällig in ihre Nähe zu kommen? Welchen Unannehmlichkeiten und Gefahren setzte er sie damit aus? Konnte ein unbeachtetes Wort oder ein Blick ihr Verhältnis zu einander nicht verraten, und wenn es geschah, was mußte man von ihr halten?

Solche Gedanken schossen ihr wie der Blitz durch den Kopf. Sie fürnte Edgar ernstlich und wäre am liebsten einer Bege-

gung in Hartungens Gegenwart ausgewichen. Sie wußte nicht, ob sie ihre Mienen derart in der Gewalt haben würde, um sich nicht zu verraten. Andererseits konnte ihr Nichtkommen Hartungen noch mehr auffallen.

So nahm sie ihren Mut zusammen, wappnete sich mit erzwungener Gleichmütigkeit und ging nach oben.

Als sie die Türe öffnete, drohte sie die Selbstbeherrschung doch einen Augenblick zu verlassen.

Da lag Edgar wirklich lung ausgestreckt auf der Chaiselongue und mit so selbstverständlicher Ruhe und Gelassenheit, als gehörte er hierher.

(Fortsetzung folgt.)

Vermischtes.

Paris, 22. Jan. Wie aus Agen gemeldet wird, ist die Schriftstellerin Alice Crespo, in deren Wohnung der Abbe Gollating tot aufgefunden worden war, gestern verhaftet worden. Frau Crespo hatte angegeben, daß der Geistliche, mit dem sie ein Liebesverhältnis unterhielt, sich mittels eines Revolveraufschusses entleibt habe aus Schmerz darüber, daß er eine Strafverurteilung nach einer anderen Stadt erhalten hätte. Die Untersuchung ergab Verdachtsmomente, daß Frau Crespo den Abbe erschossen hat.

Stuttgart, 22. Jan. Der Kommandeur der 38. Division in Erfurt, württembergischer Generalleutnant v. Kämpfer, ist in Genehmigung seines Abschiedsgelüches zur Disposition gestellt worden.

Gera, 20. Jan. In der Nacht zum Sonntag wurde auf der Chaussee zwischen Mühlentersdorf und Neuentorf der Geschirrführer Fischer aus Zwätzen von seinem Wagen überfahren und getötet. Das Geschirrtam in Mühlentersdorf fuhrretlos an.

Nordhausen, 21. Jan. Der Arbeiter Liebsgang, der sich in den Anlagen der Stadt Frauen und jungen Mädchen vielfach in nachtem Zustand gezeigt und dadurch viel Aufregung in der Bürgererschaft hervorgerufen hat, ist vom hiesigen Schöffengericht zu der exemplarischen Strafe von 9 Monaten Gefängnis verurteilt worden.

Stuttgart, 21. Jan. Auf einem benachbarten Bauernhof schnitt dessen Besitzer, der 36jährige Landwirt Kohl, seiner kranken Mutter in religiösem Wahnsinn mit einem Rasiermesser den Hals durch. Die Frau war sofort tot. Der Täter wurde verhaftet.

Bochum, 22. Jan. Auf der Zeche Bollmond wurden durch einen zu früh losgegangenen Sprengschuß der Zeiger Hesse getötet, und ein Bergmann tödlich verletzt.

Schönach-Carolath zurückgewiesen, die Angriffe auf die Zentrale für Volkswohlfahrt nicht minder wirkungsvoll von dem Unterstaatssekretär Richter.

Dann unterhielt man sich eingehend über die Durchführung und die Wirkungen der Reichsversicherungsordnung. Obwohl dieses sozialpolitische Gesetz dem Reiche alljährlich 57 Millionen A kostet, wurde über die Unzulänglichkeit der Renten für Hinterbliebene Klage geführt und die Vornahme neuer Berechnungen verlangt. Der Reichstag war darin einig, daß eine entsprechende Vorlage demnächst ausgearbeitet werden müsse.

Abgeordnetenhaus.

Berlin, 22. Jan.

In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses wurde die allgemeine Beprechung der landwirtschaftlichen Vermaltung fortgesetzt, aber nicht zu Ende geführt. Die Abg. Heine und Johannis äußerten sich sehr agrarfreundlich und befürworteten insbesondere die Aufrechterhaltung der agrarischen Zölle und Veterinärmaßnahmen, namentlich des § 12 des Fleischbeschlagesgesetzes.

Einen ganz abweichenden Standpunkt vertrat Abg. Dr. Radnitsch; er ipflichte schließlich seine Ausführungen zu einem Angriff gegen die Großgrundbesitzer zu. Nach ihm nahm der Landwirtschaftsminister das Wort zu einer die Gesamtheit der Aufgaben seines Ressorts umfassenden Rede. Er begann mit der Darlegung der Erfolge der gegen die Fleischsteuerung ergriffenen Maßnahmen. Die Ermäßigung der Fleischzölle werde nicht schon am 1. April 1913 aufgehoben werden können, vielmehr nach Maßgabe des Bedürfnisses im einzelnen zu verlängern sein, aber nicht über den 1. April 1914 hinaus, von wo ab wieder mit normalen Preisverhältnissen zu rechnen sein wird.

Dauernde Verrückung der Fleischverorgung kann nur durch Stärkung der heimischen Fleischproduktion erreicht werden. Abschluß von Verträgen zwischen Produzenten und Städten über Fleischlieferungen sind bisher nicht zustande gekommen, weil jene Verträge von langer Dauer verlangen müssen, diese Bedenken tragen, auf diese Verträge einzugehen. In Oberösterreich ist übrigens die Einfuhrquote von 2500 auf 3000 Stück Schwarzvieh erhöht worden. Der Rückgang der Zuckerpreise steht in ursächlichem Zusammenhang mit der starken Steigerung der Zuckerproduktion im laufenden Jahre. Der Verlängerung der Brüsseler Konvention sei trotz ihrer Verschlechterung zugestimmt um den Zuckermarkt nicht den großen Schwankungen auszuweichen, welche anderenfalls unausbleiblich sein würden. Zur Hebung der Viehzucht sei in erster Linie die Befähigung der Viehschäfer erforderlich; die Vermaltung sei damit eifrig und mit Erfolg beschäftigt. Aber auch zur positiven Förderung der Viehzucht gelte es, was irgend möglich sei, für Verstärkung der Mittel für das landwirtschaftliche Unterrichtswesen werde er dankbar sein.

Eine gewisse Ausgleichung der Bezüge des Lehrpersonals an den landwirtschaftlichen Schulen sei erwünscht, doch ziehe die Verhältnisse der Verhältnisse enge Grenzen. Der Minister schloß mit der Versicherung, daß die von dem Abg. Radnitsch geforderte Aufhebung der Futtermittelzölle erfahrungsgemäß webei den Produzenten noch den Konsumenten zugute komme, sondern allein dem Handel.

Abg. Weinert suchte nach Möglichkeit die Landarbeiter zu verheben, während Abg. Janz sehr wirkungsvoll für den Bauernstand eintrat und dabei ausführlich auf die Entschuldigungsaktion des östpreussischen Generallandwirtschaftsdirektors Dr. Kapp einging. Abg. Graf Spee rednete wirksam für den sozialdemokratischen Redner ab, behandelte dann aber überwiegend Einzelheiten. Eingehend wandelte er sich gegen die Grundsteuerreform landwirtschaftlich oder gärtnerisch benutzter Grundstücke. Dann vertagte das Haus die weitere Verhandlung auf Donnerstag.

Staatssekretär Delbrück und die Wohnungsfrage.

Die Budgetkommission des Reichstages setzte heute die Beratung des Etats des Reichsamts des Innern bei der Wohnungsfrage fort. Das Zentrum brachte eine Resolution ein, „den Reichstanzler zu ersuchen, dem Reichstag bei Beginn seiner nächsten Tagung im Herbst 1913 eine Vorlage zu machen, nach der das Reich in Verbindung mit den einzelstaatlichen Regierungen unter gewissen Bedingungen die Bürgerschaft übernehmen wird für die zweiten Synthesen der Kleinwohnungsbauten gemeinnütziger Baugesellschaften in dem Bereiche von 50 bis 90 Prozent des Gesamtwertes von Boden und Bauwerk.“

In Begründung der Resolution dankte der Zentrumsredner dem Staatssekretär für seinen selten guten Willen und seine Zusage, Staatsgebetlich auf dem Gebiete der Wohnungsreform vorzugehen. Das gemeinsame Vorgehen des Reichstages habe also doch einen Erfolg gezeitigt. Als ein Redner der Fortschrittspartei bezweifelte, ob der Staatssekretär, der doch gegen Preußen nichts durchführen könne, in der Lage sein werde, seine Zusage zu erfüllen, erwiderte Staatssekretär Dr. Delbrück, es müsse ihm überlassen bleiben, das wahr zu machen, was er in Aussicht gestellt habe. Gegenüber Bemängelungen von sozialdemokratischer Seite führte der Staatssekretär weiter aus:

Er habe wiederholt, auch im Plenum des Reichstages schon erklärt, daß an sich fast alle Fragen, die das Wohnungsweisen im engeren Sinne betreffen, zur Zuständigkeit der Einzelstaaten gehören. Nur wenn die Einzelstaaten sich nicht entschließen könnten, das Erforderliche zu tun, so sollte das Reich einschreiten. Entsprechend diesen früheren Erklärungen habe er die Frage aufgeworfen, ob ein Reichswohnungsgezet geschaffen werden solle. Bei den größeren Bundesstaaten sei er dabei auf Widerstand gestoßen. Preußen habe den Willen, selbst auf diesem Gebiete vorzugehen. Es könne die Frage erörtert werden, ob das Bautechnische der Wohnungsfrage durch die Bundesstaaten, die Wohnungsaufsicht durch das Reich gesetzlich geregelt werden solle. Dabei sei zu beachten: das Reich habe keine ausführenden Organe, es sehe mit den Gemeinden, die hier hauptsächlich in Betracht kämen, in keiner direkten Verbindung. Das sei bei den Einzelstaaten aber doch der Fall. Er habe die Hoffnung, daß in Preußen die Sache in Ordnung komme und ein Gegenentwurf vorgelegt werde; andere Staaten würden folgen, sofern sie nicht schon vorangegangen wären. Der Fonds im außerordentlichen Etat von 4 Millionen könne auch zur Bürgschaftsgewährung verwendet und so in erweitertem Sinne dem Kleinwohnungsbau

nuzbar gemacht werden. Über einen weiteren Kreis, als im Etat vorgesehen, hinausgehen und den Fonds den Bedürfnissen der auch außerhalb der Reichsbetriebe stehenden Personentreife zur Verfügung zu stellen, das wäre schon vom Standpunkt einer geordneten Finanzwirtschaft unmöglich. Es müßten dann ungefähre Millionen mobil gemacht werden. Es solle aber geprüft werden, wie durch Reichsgezet die Kreditgebarung erleichtert werden könne und wie durch Ausbau des Erbbaurechts, des Hypothekenrechts usw. das Wohnungsweisen gefördert werden könne.

Nach Ablehnung zweier Abänderungsanträge wurde die Resolution des Zentrums einstimmig angenommen, ebenfalls der Antrag, im nächsten Etat den Anlag zu erhöhen. Die Summe von 4 Millionen wurde genehmigt.

Hierauf wurden Beamtenspetitionen erledigt. Einer Petition unterer Staats- und Reichsbeamten auf Gewährung einer Teuerungszulage trat der Reichsstaatssekretär entgegen. Ihre Berücksichtigung bedeute die Vorwegnahme einer Bezahlungserhöhung, die jetzt nicht vorgenommen werden könne. Die Petition wurde als Material überwiesen.

Damit ist die Beratung des Etats des Reichsamts des Innern beendet und die Kommission wurde sich dem Etat der Reichsjustizverwaltung zu. Der Referent wünschte die Vorlegung einer Statistik über die Spionageprozesse, ferner Auskunft über die Zahl der Revisionen. Ein Regierungsvertreter machte darüber nähere Angaben. 1912 seien 6812 Revisionen eingegangen, so daß der Höhepunkt von 1904 wieder erreicht worden sei. In den letzten 7 Jahren hätten die Arbeiten der Reichsanwaltschaft sich um das Fünffache vermehrt.

Auf Anfrage eines Zentrumsabg. hin erklärte Staatssekretär Dr. Visco, nachdem der Entwurf der Reichsstrafprozessordnung vom Reichstag nicht verabschiedet worden ist, sollte zuerst die Strafrechtsfrage gelöst werden. Ende des Sommers 1913 werde die Kommission die Ausarbeitung eines Strafgesetzbuches im Entwurf beendet haben. Der Entwurf werde dann an den Bundesrat und etwa Ende 1916 an den Reichstag gelangen. Ueber die Frage, ob und wie das Spionagegezet abgeändert werden solle, schwebten Ermüdungen. Die Neueinführung eines weiteren Vortragesrates wie eines Reichsanwalts sei begründet durch erhöhte Dienstleistung. Die Stellen wurden bewilligt. Damit ist auf der Justizrat erledigt.

Ausland.

Wien, 22. Jan. Der Krankheitszustand des Erzhertogs Rainer hat sich im Laufe des Vormittags etwas gebessert.

Budapest, 22. Jan. In Locrana, wo der ungarische Ministerpräsident, Herr von Lutas, zu einem kurzen Erholungsurlaub weilte, kam es gestern zu großen Demonstrationen gegen ihn. Auf einem Spaziergang von seiner Villa zur Schiffstation wurde Herr von Lutas von Arbeitern, die beim Stationsbau beschäftigt waren, mit Steinen bombardiert. Die Situation war für den Ministerpräsidenten so gefährlich, daß er sich in seine Villa flüchten mußte. Gendarmen zertrümmten mit aufgezogenen Bajonetten die Menge, worauf der Ministerpräsident ungehindert abreißen konnte. Bei dem Bajonetangriff wurden 12 Demonstranten durch Schußwunden verletzt, davon vier schwer.

Deutsch Reich.

Berlin, 22. Jan. (Hofnachrichten.) Se. Maj. der Kaiser hörte heute mehrere Vorträge.

Defoldd, 22. Jan. Bei den Wahlen zum Lippeischen Landtag wurden in der ersten Klasse 5 konservativ und 2 Nationalliberalen gewählt. Demnach sind im ganzen gewählt 10 Konservative, zwei Nationalliberalen, drei Freisinnige, ein Christlich-Sozialer und ein Sozialdemokrat. Außerdem sind vier Stichwahlen zwischen Freisinnigen und Sozialdemokraten erforderlich. Der bisherige Landtag setzte sich zusammen aus zehn Konservativen, zwei Nationalliberalen, sieben Freisinnigen, einem Christlich-Sozialen und einem Sozialdemokraten.

Troving und Umgegend.

Starfiedel, 22. Jan. Auf der Straße von Lüben nach Starfiedel wurden heute mittag von 19 jungen Apfelbäumen die Kronen abgebrochen. Nach den im Schnee zurückgelassenen Fußspuren zu urteilen, scheint der Baumfresser ein heute mittag hierdurchgereifter Handwerksbursche gewesen zu sein.

Kranichfeld, 22. Jan. Die Leiche des vermißten Bankkassierers Albin Schachtelbach wurde jetzt aufgefunden. Der bejahrte Mann hatte in dem zu seinem früheren Gute gehörigen Wäldchen seinem Leben durch Erhängen ein Ende gemacht.

Schwenditz, 22. Jan. Ueber die letzte Sitzung der Stadtverordneten berichtet das „Schf. Wbl.“: Stadtv. Naumann referierte eingehend über einen Schriftwechsel zwischen dem Schulmeister und dem Magistrat über die Zahlung von Vertretungsgeldern, die durch Weggehen von Schulfunden seitens verchiedener Lehrkräfte erwachsen sind. Anfang August schied Herr Gmel aus dem Lehrkörper der Stadtschule aus. Ersatz war seitens der Regierung nicht sofort zu beschaffen, es mußte daher eine Klasse aufgesetzt und die Kinder anderen Klassen überwiesen werden. Dadurch entstand naturgemäß den Lehrkräften eine erhöhte Arbeitsleistung, zumal verschiedene Wochen hindurch in einigen Klassen bis zu 122 Kinder zu unterrichten waren. Herr Naumann führte daher Klage, ersuchte die Verammlung, die Vertretungskosten in Höhe von 212 M. dem Magistratsvorschlage gemäß aus dem erparierten Stelleneinkommen zu bewilligen, aber beim Magistrat den Wunsch zu äußern, bei der Ueberfüllung der Klassen nicht die Anstellung von 1 bis 2 neuen Lehrkräften in Ermüdung zu ziehen. Auch bezüglich der Schulbänke in den oberen Klassen hat Herr Naumann besondere Wünsche. Seine Angaben wurden ihm vom Stadtoberhaupt widerlegt. Die Ueberfüllung der Klassen beruhe nur auf einer vorübergehenden Erscheinung, die auf die Erkrankung mehrerer Lehrkräfte zurückgeführt werden müsse. Erst vor kurzem habe unter Hinzuziehung des Kreisgesundheitsinspektors eine Prüfung der seitens der Lehrkräfte zu gebenden Pflichtstunden stattgefunden und wurde hierbei festgestellt, daß bis zur Erreichung der Pflichtstunden noch 7-8 Unterrichtsstunden wöchentlich verfügbar sind. Von einem Man. gel an Lehrkräften könne also keine Rede sein. In der Frage der Schulbänke stellte der zuständige Dezerent Herr Magistrats-Meffor Ruhl fest, daß in 8 Klassen, und zwar in den

obersten, durchweg neue Bänke beschafft worden wären. Zudem stünde, wie Herr Bürgermeister Schmidt ausführte, eine vollständige Reorganisation unseres Schulwesens bevor. Die Schuldeputation habe beschlossen, eine zweite Schullehrerliste zu schaffen und Knaben und Mädchen zu trennen, jedoch in einem Schulgebäude nur Mädchen, im anderen nur Knaben unterrichtet würden. Die Verammlung gab hierauf ihre Zustimmung zur Zahlung der Vertretungskosten.

Lüben, 20. Jan. Heute wurde im Auftrage der Handwerkskammer zu Halle dem Obermeister der Vereinigten Zunft, Herrn Tischlermeister Aug. Wieder nachträglich aus Anlaß seines 40jährigen Meisterjubiläums durch das selbstvertreitende Kammermitglied Herrn Schuhmachermeister E. Reiter, im Beisein des Innungspräsidenten, der Ehrenmeisterbrief überreicht.

Lüben, 22. Jan. Die Lüßener Hundertjahrfeier. Zur Veranstaltung einer großen Jubiläumfeier anläßlich des 100. Erinnerungstages an den Ueberfall des Lüßener Freitroops bei Kitzhen, der auf den 17. Juni dieses Jahres fällt, hat sich, wie gemeldet, ein Komitee gebildet. Ueber die Festlichkeit wird noch gemeldet: Das Höhepunkt der Veranstaltung wird am 17. Juni ein Festzug bilden, der von Kitzhen aus zu den Denkmalen Theodor Körners und des Frhrn. v. Lübow, des Führers der Freitroop, führen soll. An den Denkmalen Körners und Lübows sollen daran anschließend kurze Feiern stattfinden. Am Vortage, dem 16. Juni, wird ein großer Zapfenstreich unter Teilnahme aller Kriegervereine und anderer nationaler Vereinigungen der näheren und weiteren Umgegend und von Deputationen derjenigen Regimenter, die aus dem Freitroops Lüßens hervorgegangen sind, abgehalten werden. Sowohl den Zapfenstreich wie den Festzug eröffnet eine Abteilung Lüßener Reiter, die in völlig historisch genauen Nachahmungen der Originaluniformen des Lüßenschen Freitroops gekleidet sein werden. Den Abschluß des Festes bildet am Abend des 17. Juni nach der Rückkehr von der Feiern am Denkmal des Frhrn. v. Lübow in Klein-Schorlapp die Aufführung eines für diesen Tag geschriebenen Heimatfestspiels: „Der Ueberfall von Kitzhen“. Der Verfasser, Pastor Jordan, läßt in diesem Stück vor dem Zuschauer die Tage des Befreiungskrieges erleben, und schildert den Ueberfall auf das Freitroops bei Kitzhen, der auf Befehl des Generals Fournier trotz des Waffenstillstandes durch den württembergischen General Normann ausgeführt wurde, und bei dem am frühen Morgen der 17. Juni die tapere Schar des Frhrn. v. Lübow fast vollständig aufgerieben wurde. Der ersten Aufführung dieses Festspiels wird ein Zufus von fünf weiteren Vorstellungen folgen, durch die weiteren Kreisen Gelegenheit gegeben werden soll, eine lebendige Erinnerung an jene Tage vor 100 Jahren zu erhalten. Zu der Feiern werden alle national gesinnten Vereine der Umgegend herangezogen werden und das Komitee beabsichtigt, mit allen preussischen, aus dem Lüßenschen Freitroops hervorgegangenen Regimentern sich ins Einmischen zu setzen, um durch die Teilnahme von Deputationen die Feiern möglichst glanzvoll zu gestalten. Beim programmatischen Verlauf dürfte die Lüßener Feiern innerhalb der zahlreichen Zentenerfeiern dieses Jahres eine der herrotragendsten werden.

Luffschiffahrt.

Berlin, 21. Jan. Die Deutsche Versuchsanstalt für Luftschiffahrt hielt heute in Berlin ihre dritte Verammlung ab. Nach dem Mitglieder der neuerrichtete technische Anlage der Anstalt auf dem Flugplatz Johannisthal beichtigt haben, fand im Reichsamt der Innern die eigentliche Sitzung unter Vorsitz des Präsidenten Erz. v. Riez statt. Geh. Oberregierungsrat Albert begrüßte die Verammlung im Namen des Staatssekretärs Delbrück. Von den Ressorts waren außerdem vertreten das preussische Kriegsministerium durch Oberleutnant Schmann, das Ministerium der öffentlichen Arbeiten durch Geh. Oberregierungsrat Tull und das Ministerium des Innern durch Geh. Regierungsrat v. Gröning. Die Beteiligung aus den Kreisen der Luftschiffahrt und Industriellen war sehr reich. Dem Vorstand wurde Entlastung erteilt. Neu in den Vorstand gewählt wurde als erster Vizepräsident deutscher Motorfahrzeug-Industrieller, Direktor Dr. Bendemann legte die Entwicklung der Anstalt dar, die gerade die Prüfung für den ersten Flugmotorenwetbewerb um den Kaiserpreis abgeschlossen habe. Der weitere Ausbau der Anstalt, insbesondere soweit die technische Entwicklung und Förderung des Flugwesens sowie Untersuchungen auf dem Gebiete der elektrischen Einflüsse in der Luftschiffahrt in Frage kommen, und die dazu erforderlichen Mittel wurden genehmigt. Am Abend fand auf Einladung des zweiten Vizepräsidenten Kommerzienrat Stille ein gefelliges Beisammensein im Kaiserlichen Automobilklub statt.

Vermischtes.

Koblenz, 22. Jan. Der verstorbene Geheimrat Wegeler, Begründer der Firma Deinhard u. Co., vermachte für wohltätige Stiftungen 670 000 M. Es erhielt u. a. die Stadt Koblenz 300 Tausend M. zur Unterstützung hilfsbedürftiger Personen und Beamten. Die Arbeiter der Firma Deinhard u. Co., die über fünf Jahre im Betriebe tätig sind, erhielten eine sofort auszahlende Zuwendung von 170 000 M. Außerdem vermachte der Verstorbene noch eine größere Anzahl Legate.

Spanbau, 21. Jan. In einem Anlauf geistiger Umwandlung hat in der letzten Nacht der Rittmeister Renner vom 3. Trainbatalion in Spanbau Selbstmord verübt. Er trat in seiner Wohnung in der Montagstraße Ansel und starb wenige Stunden später im Spanbauer Kranenhaus. Rittmeister Renner gehörte früher dem 7. Trainbatalion in Münster an und wurde erst im November nach Spanbau versetzt.

Korfu, 22. Jan. 15 vom Sturm verschlagene Albaner landeten bei Gajoso auf Korfu. Die Gendarmerie verhaftete, wie die Tribuna berichtet, 10 der Schiffbrüchigen, nachdem sie ermittelt hatte, daß diese ihren Kapitän ermordet und ins Meer geworfen hätten. Fünf der Meuterer konnten fliehen.

London, 21. Jan. Eine Skaramane indischer Bälger wurde bei Gimbhra, halbwegs zwischen Medina und Damba, durch das plötzliche An-

schönen eines Gebirgsbuches überreicht. Die ganze Karawane wurde...

Mühlhäuser L. G., 22. Jan. Hier wurde in das Bureau des fährlichen...

Novotischerski (Dombje), 21. Jan. In der Dorfstraße Britiens...

Mosau, 22. Jan. An zwei Dörfern umweit Alexanderst führen die...

Don Wöffen angefallen. In verschiedenen Teilen der Eifel und im...

Ungebetene Fahrgäste der Eisenbahn. Es soll hier nicht von den sog. „blinden Passagieren“ die Rede...

Wer kennt nicht die Händler in den Zügen? Die Anzahl dieser Leute, die ihre Waren in den Zügen feilhalten, wächst, da der...

Der Geburtstag Sr. Maj. des Kaisers und Königs wird in Merseburg...

Militärisches. Dem hiesigen Bataillon ist seit kurzem als über...

Landwirtschaftlicher Kreisverein. Die gestrige Sitzung des Landwirtschaftlichen Kreisvereins wurde nachmittags um 3 Uhr...

Übertriebenes Humanitätsgefühl der zur Lieberwächung bestimmten...

Über auch als Interchlupf für Obdachlose und Personen, die sich den Behörden...

Augen, arbeitslose Mädchen und Burshen, die oft durch eigene Schuld...

Aber auch Wüstlinge aller Art drängen sich diesen oft unerfahrenen...

Aber auch andere Reisende haben oft zu ihrem Leidwesen erfahren, daß ihnen...

Anangenehm für die Eisenbahn sind auch solche Reisende, die aus...

Es gibt jedoch auch harmlosere Fahrgäste, die ihre Fahrkarte zu ausgedehnten...

Leider ist es selten möglich, den geduldeten Personen beizukommen, da andere...

Das erste Vorfeier fand gestern abend seitens des Vereins...

Am gleichen Tage veranstaltet, nachmittags um 5 Uhr, das Gymnasium eine...

Militärisches. Dem hiesigen Bataillon ist seit kurzem als über...

Die gestrige Sitzung des Landwirtschaftlichen Kreisvereins wurde nachmittags...

Übertriebenes Humanitätsgefühl der zur Lieberwächung bestimmten...

Über auch als Interchlupf für Obdachlose und Personen, die sich den Behörden...

Augen, arbeitslose Mädchen und Burshen, die oft durch eigene Schuld...

Über auch als Interchlupf für Obdachlose und Personen, die sich den Behörden...

Über auch als Interchlupf für Obdachlose und Personen, die sich den Behörden...

Über auch als Interchlupf für Obdachlose und Personen, die sich den Behörden...

Über auch als Interchlupf für Obdachlose und Personen, die sich den Behörden...

Über auch als Interchlupf für Obdachlose und Personen, die sich den Behörden...

Über auch als Interchlupf für Obdachlose und Personen, die sich den Behörden...

Provinz Sachsen, im Herzogtum Anhalt und in den Thüringischen Staaten...

Über auch als Interchlupf für Obdachlose und Personen, die sich den Behörden...

Über auch als Interchlupf für Obdachlose und Personen, die sich den Behörden...

Über auch als Interchlupf für Obdachlose und Personen, die sich den Behörden...

Über auch als Interchlupf für Obdachlose und Personen, die sich den Behörden...

Über auch als Interchlupf für Obdachlose und Personen, die sich den Behörden...

Über auch als Interchlupf für Obdachlose und Personen, die sich den Behörden...

Über auch als Interchlupf für Obdachlose und Personen, die sich den Behörden...

Über auch als Interchlupf für Obdachlose und Personen, die sich den Behörden...

Über auch als Interchlupf für Obdachlose und Personen, die sich den Behörden...

Über auch als Interchlupf für Obdachlose und Personen, die sich den Behörden...

Über auch als Interchlupf für Obdachlose und Personen, die sich den Behörden...

Über auch als Interchlupf für Obdachlose und Personen, die sich den Behörden...

Über auch als Interchlupf für Obdachlose und Personen, die sich den Behörden...

Über auch als Interchlupf für Obdachlose und Personen, die sich den Behörden...

Über auch als Interchlupf für Obdachlose und Personen, die sich den Behörden...

Über auch als Interchlupf für Obdachlose und Personen, die sich den Behörden...

Über auch als Interchlupf für Obdachlose und Personen, die sich den Behörden...

Über 34,000 ähnlich lautende schriftliche Anerkennungen!

Ausbruch eines Kraters. Aus Neugort 22. Jan. wird gemeldet: Der 4300 Meter hohe Vulkan Nivola de Colima im mexicanischen Staate Jalisco befindet sich in voller Tätigkeit.

Millionen M. geschätzt. Zahlreiche Häuser wurden zerstört, Hunderte von Menschen sind in der glühenden Lava ums Leben gekommen.

ten in wilder Panik. Hunderte von Flüchtlingen sind in Wäldern in Guadaluajara eingetroffen. Die Flüchtlinge mußten große Mengen vulkanischer Asche von den Schienen weghaufen, ehe der Zug sich in Bewegung setzen konnte.

Amfische Bekanntschaften.
Bekanntmachung.
Wieschepolizeiliche Anordnung,
betreffend den Handel und Verkehr
mit Schweinen.

Auf Grund der §§ 17 und 78 des Wieschepolizeigesetzes vom 26. Juni 1909 (R. G. Bl. S. 519) wird hierdurch mit Genehmigung des Herrn Ministers für Landwirtschaft, Domänen und Forsten für den Umfang des Regierungsbezirks Merseburg folgendes bestimmt:

§ 1. Für die im Besitze von Viehhändlern befindlichen Schweinebestände müssen beim Handel außerhalb des Ortes der gewerblichen Niederlassung des Händlers oder, wenn dieser eine gewerbliche Niederlassung nicht begründet hat, außerhalb seines Wohnorts, Gesundheitszeugnisse, aus denen die Gesundheit des gesamten Bestandes ersichtlich ist, beigebracht sein, bevor aus den Beständen Schweine veräußert oder sonst entfernt werden.

§ 2. Im Besitze von Viehhändlern befindliche Schweine, die mittels der Eisenbahn in den Regierungsbezirk Merseburg von auswärts eingeführt werden, sind bei der Entladung am Bestimmungsorte amtstierärztlich zu untersuchen; sie dürfen von der Entladebelle nicht entfernt werden, bevor die Untersuchung stattgefunden hat und die Gesundheitsbescheinigung in das Kontrollbuch eingetragen ist.

§ 3. Die Kopfen der Untersuchungen und der Gesundheitszeugnisse fallen den Viehhändlern zur Last.

§ 4. Zuwiderhandlungen gegen die vorstehenden Bestimmungen unterliegen den Strafvorschriften der §§ 74 und 76 des Wieschepolizeigesetzes vom 26. Juni 1909.

§ 5. Diese Anordnung tritt mit dem Tage ihrer Veröffentlichung im Amtsblatt in Kraft. Am selben Tage werden aufgehoben die landespolizeiliche Anordnung vom 24. Dezember 1909, betreffend den Handel und Verkehr mit Schweinen (Amtsbl. S. 391), der Gebührentarif zu dieser Anordnung vom 4. Februar 1910 (Amtsbl. S. 34), sowie die landespolizeilichen Anordnungen vom 10. Oktober 1910 und vom 8. August 1911, betreffend Ergänzung der Anordnung vom 24. Dezember 1909 (Amtsbl. S. 330 und 302).

§ 6. Die Höhe der Gebühren unterliegt der gütlichen Vereinbarung zwischen den Beteiligten. In Ermangelung einer solchen werden die Gebühren durch den unterzeichneten Regierungs-Präsidenten festgesetzt und hierbei folgende Sätze zu Grunde gelegt:

1. Für die am Wohnorte des Tierarztes oder in einer Entfernung von weniger als 2 km vom Wohnorte stattfindenden Untersuchungen einschließlich der Ausstellung der Gesundheitszeugnisse

| | |
|-----------------------|-----|
| für 1 bis 25 Schweine | 2 M |
| " 26 " 50 " | 3 " |
| " 51 " 75 " | 4 " |
| " 76 " 100 " | 5 " |
| " mehr als 100 " | 6 " |

II. Für die Untersuchungen in einer Entfernung von mindestens 2 km vom Wohnorte des Tierarztes einschließlich der Ausstellung der Gesundheitszeugnisse sind neben den zu I angeführten Gebühren die gesetzlich den Kreis-Tierärzten zustehenden Fahrkosten zu entrichten.

III. Erreichen im Falle der Ziffer II die für einen Untersuchungstag insgesamt zu bezahlenden Gebühren nicht die Höhe des gesetzlichen Tagesgelbes, so sind die Untersuchenden berechtigt, anstelle der Gebühren die Entrichtung des Tagesgelbes zu verlangen.

IV. Werden auf einer Reise mehrere Schweinetransporte untersucht, so sind die Reisekosten auf die einzelnen Zahlungspflichtigen nach Maßgabe der Zahl der untersuchten Tiere zu verteilen.

V. Der Höchstbetrag der von einem Tierarzte für die Untersuchungen erhobenen Gebühren darf den Satz von 40 M für den ganzen und von 25 M für den halben Tag nicht überschreiten. Gegebenenfalls sind die Gebühren in gleicher Weise wie die Reisekosten auf die einzelnen Händler zu verteilen. Als halber Tag ist die Dauer bis zu 6 Stunden einschließlich der angewandten Fahrzeit zu rechnen.

| | | | |
|-----------------------|-----|------|---|
| für 1 bis 25 Schweine | 1 M | — | — |
| " 26 " 50 " | 1 | 50 " | — |
| " 51 " 75 " | 2 | — | — |
| " 76 " 100 " | 2 | 50 " | — |
| " mehr als 100 " | 3 | — | — |

Merseburg, den 17. Dezember 1912.
Der königliche Regierungs-Präsident.
J. W. gez. Wolke.

Veröffentlicht
Merseburg, den 7. Januar 1913.
Der königliche Landrat.
J. W. Gerber.

Bekanntmachung.
Auf der Eisenbahnstrecke Corbetha — Deuben in km 5,3 der Gemarung Dehlitz soll die vorhandene hölzerne Wegebeführung durch eine Betonbrücke ersetzt werden. Dabei soll der Brückenkörper um 10 m weiter in der Richtung nach Corbetha zu verschoben werden. Hierdurch wird eine Veränderung der Zuwege bedingt. Die Fahrbahn erhält eine Breite von 5 m.

Der Plan der Aenderung liegt in meinem Büro vom 28. d. Mis zu jedermanns Einsicht 14 Tage lang aus.

Innerhalb dieser Frist können Interessen im Umfange ihres Interesses Einwendungen schriftlich oder zu Protokoll hier erheben.

Merseburg, den 21. Januar 1913.
Der königliche Landrat.
J. W. gez. v. Wilmowski.

Bekanntmachung.
Mit dem 1. Januar 1913 ist die neue Satzung der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft für die Provinz Sachsen in Kraft getreten.

Wir machen die Betriebsunternehmer und die Versicherten auf die wesentlichsten Neuerungen aufmerksam und heben besonders hervor, daß

- a) nach § 27 ein Mindestbeitrag von 1 M für jeden Betrieb erhoben wird,
- b) nach § 40 die Betriebsunternehmer über die Betriebsbeamten und Facharbeiter künftig Lohnlisten führen müssen,
- c) im § 46 die Aufzählung der Personen befindet, welche als Facharbeiter angesehen werden sollen,

d) nach § 47 die Beiträge für die Betriebsbeamten und Facharbeiter ermäßigt worden sind, die Einkommensgrenze für diese Personen von 3000 M auf 5000 M erhöht worden ist und daß für die Beitragsberechnung nicht mehr der wirkliche Verdienst, sondern der bei der Entschädigungsberechnung anzusetzende Jahresarbeitsverdienst zu Grunde zu legen ist, nämlich der 1800 M übersteigende Betrag nur mit einem Drittel,

e) nach § 49 die Grenze für die Zwangsversicherung des Unternehmers von 900 M auf 1200 M erhöht worden ist,

f) nach § 52 die Betriebsunternehmer erfahren können, ob sie zwangsversichert sind oder nicht,

g) nach § 54 die Grenze für die Anmeldung zur freiwilligen Versicherung von 3000 M auf 5000 M erhöht worden ist,

h) nach § 55 der 1200 M (früher 900 M) übersteigende Teil des Jahresarbeitsverdienstes bei der Entschädigung der freiwillig versicherten Unternehmer nur mit einem Drittel anzusetzen ist,

i) nach § 56 die Beiträge für die freiwillige Versicherung von 4 auf 2 1/2 % ermäßigt worden sind,

k) nach § 57 die freiwillig versicherten Unternehmer etwaige Venderungen ihres Einkommens innerhalb eines Monats nach dem Bekanntwerden ihrer Steuererklärung bei dem Sektionsvorstande anzumelden haben,

l) nach § 59 die freiwillige Versicherung außer Kraft tritt, wenn der Beitrag nicht binnen 8 Tagen nach Zustellung einer schriftlichen Mahnung berichtigt ist.

Den Vertrauensmännern werden die erforderlichen Exemplare der Satzung in nächster Zeit zugehen.

Weitere Exemplare können von der Buchdruckerei von Hottenroth u. Sohn hier selbst zum Preise von 15 P für das Stück bezogen werden.
Merseburg, den 23. Januar 1913.
Der Vorsitzende des Kreis-Ausschusses.
J. W.

Frhr. v. Wilmowski
Aus Anlaß des Geburtstages Sr. Majestät des Kaisers fällt die Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung am 27. Januar 1913 aus.

Merseburg, den 22. Januar 1913.
Der Stadtverordneten-Vorsitzer.

Ausföhrung.
Die Ausführung der Abbruchs-, Maurer- und Zimmerarbeiten sowie die Lieferung von Kies, Sand, Kalk, Zement, Sand- und Ziegelsteinen für den Umbau des

Wasserkellergabäudes soll an leistungsfähige Unternehmer in einem Lose vergeben werden. Die Bedingungenunterlagen und Zeichnungen liegen vom 23. Januar d. Js. im Baubüro der Bauabteilung zur Einsicht aus. Erfrere können dieselbst gegen Zahlung von 3,00 M. entnommen werden. Die Angebote, für deren Ausführung nichts vergütet wird, sind verschlossen mit entsprechender Aufschrift versehen unter Beifügung von Materialproben protot- und bestellgefreit bis zum

Montag, den 3. Februar d. Js. Mittags 12 Uhr der unterzeichneten Bauabteilung einzureichen, woselbst zu dieser Zeit die Eröffnung der Angebote in Gegenwart der etwa erschienenen Bewerber, bezw. deren Bevollmächtigten erfolgen wird. Die Entscheidung über den Zuschlag erfolgt bestimmt innerhalb vier Wochen.

Verpätet eingegangene und ungenügend ausgefüllte Angebote bleiben unberücksichtigt.

Die Auerwahl unter den Bewerbern oder die Abweelung sämtlicher Angebote bleibt ausdrücklich vorbehalten.
Merseburg, den 20. Januar 1913.
Die Bauabteilung.

Aufmerksame Bedienung. Mässige Preise.
Karl Zänzer
Merseburg. Adolf Schäfers Nachf. Entenplan 7
Spezialgeschäft
für (185)
Brat- und Erstlings-Wäscheausstattungen.
Anfertigung in eigenen Arbeitsstuben.
Fernspr. 259.
Solide Qualitäten. Grösse Auswahl.

Preussischer Beamten-Verein.
Vor-Feier
des Geburtstages Seiner Majestät des Kaisers und Königs, **Sonnabend, den 25. Januar 1913, abends 7 1/2 Uhr** im Saale des Tiwoli.
Der Vorstand.

Verein für Feuerbestattung
E. W.
Am 30. Januar **Jahresversammlung**, abends 8 1/2 Uhr bei Mülle. Tagesordnung:
1. Jahresbericht. 2. Kassenbericht. 3. Wahlen. 4. Satzungsänderung. 5. Krematorium. 6. Berichtedenes. 7. Zahlreicher Besuch erwünscht.
Der Vorstand. (156)

Leistungsfähigste Firma für **Milch-Separatoren**
"allernuester Konstruktion, anerkannt erstklassiges bewährtes Fabrikat
sucht geeignete Vertreter
Bortelhafteste Preise u. Bedingungen. Alte Centrifugen werden zu hohen Preisen in Zahlung genommen. Wo nicht vertreten, erfolgt Lieferung direkt. Gesf. Zuschriften unter "Vorteil" an Haafenstein & Bogler A. G. Leipzig, erbeten.

Stadttheater in Halle.
Freitag, 24. Jan., abds. 7 1/2 Uhr:
Die Quitzows.

Sinophon-Theater
Gr. Vitterturke 1. Programm.

Glanmont-Woche. Aktuell.
Der kleine Leuchtturmwächter. Ergz. Drama.
Rottow am Don. Herrl. Naturbild. Augustin gegen Augustin. Humor.
Der Mitter Was. Drama.
Die Strafe des Vangschliffers. Hum.
Verkannt. Schlaerer in 3 Akten.

H. Schnee Nachf.
Erstklassiges Spezialgeschäft für Stumpfwaren und Trikotagen.
Halle a. S., Gr. Steinstr. 84.

Früh eingetroffen:
starke Hasen
à Markt 3.50 ohne Klein, auch zerlegt.
große wilde Kanin
la. Hühner, Keulen und Blätter, la. Haselb. Keule à Pfd. M. 1.20
la. Haselb. Blatt " " 0.50
la. Haselb. Hals " " 0.50
la. Haselb. Kopf " " 0.35
fleisch " " 0.35
Fater u. Ruthenenn. Verhähner, feiste Fasanenbühne u. Hennen, junge Enten, Kochhühner, Fowlarden, à Stück M. 2.40, feinste Dresdener Gänse à Pfd. nur 88 Pfg. auch halbiert, böhmische Specklarpfen, Schleie, Saffander, empfiehlt
Emil Wolff. (70)

Merseburg, Reichstrone.
Welt-Panorama.
Ost-Thüringen.
Saale- und Schwarzthal.
Eine schöne Reise.

Im Auftrage des Verwalters der Emil Reinitzsch'schen Konkursmasse sollen am **Sonnabend, 1. Februar, Vormittags 11 1/2 Uhr,**

in meinem Büro, Markt 31 zu Merseburg, folgende Rechte gegen Barzahlung versteigert werden:

1. Die Forderung des Emil Reinitzsch an die Sparkasse des Kreises Querfurt von 6000 Mkt., an welcher der 67-jährigen Witwe Theresie Reinitzsch der lebenslängliche Zinsgenuß zusteht und ohne deren Zustimmung keine Abhebung oder sonstige Verfügung über das Kapital getroffen werden kann. Das Mindestgebot ist auf 2000 Mark festgesetzt.

2. Das Recht des Reinitzsch, die Zinsen der Einlagebücher Nr. 70 und 7081 der Querfurter Kreisparcasse über je 1000 Mark bis ein Jahr nach dem Tode der Witwe Reinitzsch zu ziehen. Mindestgebot für jedes Zinsrecht 80,00 Mark.

Zustizrat **Scholtz**, Notar.